

Reutlinger General-Anzeiger

15.12.2011 - 07:55 Uhr

Schülerbeförderung - Bund und Länder streiten noch um Finanzierungs-Details des »Bildungs- und Teilhabepakets«

Schülerbeförderung: Kreis lässt Familien nicht hängen

Von Ingeborg Kunze

KREIS REUTLINGEN. Bildungschancen für alle. Wie alle aber tatsächlich rankommen an diese Bildung, darüber streiten sich Bund und Länder in Detailfragen zum »Bildungs- und Teilhabepaket«, das die Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) in diesem Frühjahr rückwirkend zum 1. Januar 2011 in die Welt gesetzt hat. In der finanzrelevanten Schülerbeförderung federt der Landkreis Reutlingen die wichtige Sache jetzt schon mal familienfreundlich ab.



Zur Schule mit Bus und Bahn. Für Einkommensschwache im Landkreis Reutlingen ist die Fahrt auch künftig kostenlos. FOTO: dpa

Soeben ist das Kreistags-Plenum ohne Gegenstimme, ohne Enthaltungen dem Vorschlag des Landkreises gefolgt, einkommensschwache Familien notfalls bei Schülerbeförderungs-Kosten zu entlasten, und sei es auf eigene Rechnung.

Das heißt: Hartz-IV- und Sozialhilfeempfänger werden auch künftig für die Fahrten ihrer Kinder zur Schule nichts zahlen müssen.

»Für Bedürftige ist die Schülermonatskarte weiterhin kostenfrei«

Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket sollten die Kosten für Schülerbeförderung bei Arbeitslosen von den für sie zuständigen und vom Bund finanzierten Jobcentern getragen werden. Bei einkommensschwachen Familien, die Sozialhilfe bekommen, sind die Sozialämter zuständig, in diesem Fall das Kreissozialamt des Reutlinger Landratsamts.

Wenn der Bund mit dem Berliner Bildungspaket nicht alles zahlt, soll die Kreisbehörde die restlichen Schülerbeförderungskosten übernehmen.

Bisher bekommen im Kreisgebiet Reutlingen rund 320 Schüler aus Familien, die Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe erhalten, und Asylbewerber, die staatlich unterstützt werden, die Schülermonatskarte umsonst. Die Abrechnung läuft im Hintergrund zwischen Schulträger, Verkehrsunternehmen und Landkreis, ohne dass die Schüler davon tangiert sind. Dabei soll es auch bleiben.

Noch sei, präzisierte der Erste Landesbeamte Hans-Jürgen Stede vor dem Kreistags-Plenum, »strittig zwischen Bund und Ländern, ob der Eigenanteil an der Schülerbeförderung ganz über das Bildungs- und Teilhabepaket vom Bund erstattet wird oder ob ein Teil aus den Sozialleistungen gezahlt werden muss«.

Der Landkreistag Baden-Württemberg hatte den Landkreisen längst empfohlen, trotz des ungelösten Streits vom 1. Januar an kein Geld mehr aus den Kreiskassen herauszurücken und die Satzungen entsprechend zu ändern.

Wann sich der Dissens zwischen Bund und Ländern klärt, so Stede, sei nicht absehbar. Gewährleistet sei aber auch mit geänderter Satzung, dass Schulkinder, die vom Eigenanteil an den Fahrtkosten befreit waren, »auch weiterhin ihre Schülermonatskarte kostenfrei erhalten werden«.

Der Kreistag ist dem gefolgt. Der einstimmige Beschluss bedeutet: Der Landkreis Reutlingen springt auf jeden Fall in die Bresche und lässt Bedürftige nicht hängen. Sollte der Bund alles übernehmen, spart der Kreis 100 000 Euro.

Zum 1. Januar 2012 erhöht der Landkreis im gleichen Zug den Betrag, den er Schulträgern wie der Körperbehindertenförderung Neckar-Alb (KBF) gibt, die auch ohne öffentliche Verkehrsmittel behinderte Schüler befördert. Seit zehn Jahren unverändert ist die Vergütung für Begleiter - derzeit sind das 27. Jetzt erhöht der Kreis Reutlingen von sechs auf acht Euro pro Stunde, weil die Personalkosten bei den Transportunternehmen erheblich gestiegen sind. Die Nachbarkreise Tübingen, Zollernalb und Sigmaringen machen das genauso. Für den Kreis Reutlingen bedeutet das 30 000 Euro Mehrkosten pro Jahr. Kostengünstige Zivildienstleistende gibt es seit Juli 2011 nicht mehr. (GEA)